

SEESTADT BREMERHAVEN



Inklusionsbeirat Bremerhaven 12. Sitzung am 21.08.2018

Protokoll

**Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für Menschen mit Behinderung
E-Mail: amtfuermenschenmitbehinderung@magistrat.bremerhaven.de**



**BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!**

12. Sitzung	des Inklusionsbeirates Bremerhaven
Datum Zeit	Dienstag, 21.08.2018 – von 16.30 Uhr bis 18.30Uhr
Ort	t.i.m.e Port II – Barkhausenstraße 2 27568 Bremerhaven
Raum	Sitzungssaal im Erdgeschoss

Protokoll

TOP	Thema	Bemerkung
1	Begrüßung: und Eröffnung der Sitzung Frau Schwarz-Grote begrüßt die Mitglieder, beratenden Mitglieder und alle anwesenden Gäste, hier insbesondere die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Brigitte Lückert und Herrn Christian Heske vom Sonntagsjournal	Heima Schwarz-Grote
2	Vorstellung der Tagesordnung Die Versammlung ist mit 5 stimmberechtigten Mitgliedern nicht beschlussfähig. Auf eine Genehmigung der Tagesordnung muss verzichtet werden.	Heima Schwarz-Grote
3	Vorstellung und Genehmigung Protokoll vom 14.11.2017 Da die Versammlung nicht beschlussfähig ist, kann das Protokoll nicht genehmigt werden.	Heima Schwarz-Grote
4	Vorstellung und Diskussion zum Teilhabepunkt 7 des Teilhabeplans Bremerhaven Bürgerschaftliches und politisches Engagement - Bewusstseinsbildung Frau Schwarz-Grote beginnt mit Hinweisen zum Thema: Vorurteile müssen abgebaut werden, Anerkennung und Fähigkeiten sollten im Mittelpunkt stehen, Behinderte Menschen sind auch leistungsfähig, es sollte ein respektvoller Umgang miteinander stattfinden, niemand sollte diskriminiert werden, man sollte immer Blickkontakt zu den Betroffenen suchen. (in der Anlage finden Sie 10 Tipps für den respektvollen Umgang mit behinderten Menschen des Deutschen Knigge-Rates) Im Teilhabeplan werden Maßnahmen zur Umsetzung gefordert, es wurden Personen für den Beirat gewählt, es wird Öffentlichkeitsarbeit gemacht, viele Punkte sind schon in Bewegung gekommen, vieles muss aber noch angeschoben werden.	Heima Schwarz-Grote Brigitte Lückert Christian Heske

Frau Schwarz-Grote begrüßt nochmals Frau Lückert und Herrn Heske und weist darauf hin, dass das Gespräch lebhaft gestaltet werden soll und nicht in Form eines Vortrages gestaltet wird.

Frage an Frau Lückert: Ist die Stadtverordnetenversammlung schon barrierefrei, weil das so im Teilhabeplan gefordert wird?

Lückert: Ein großes Thema ist es leichte Sprache umzusetzen (Behördendeutsch). Es ist aber ein schwieriges Thema, da Leute, die das nicht brauchen sich zurückgesetzt fühlen. Es wurde ein Flyer zur Organisation der Stadtverordnetenversammlung in leichter Sprache entworfen, man ist bescheiden geworden, es werden kleine Schritte gemacht.

Leichte Sprache – versteht der andere das überhaupt? Es ist schwierig, weil man überzeugen will. Es wird noch lange dauern, bis Politik es gelingen wird, sich in leichter Sprache auszudrücken. (Rechtschreibung: dumm – intelligent) Bildhaft sprechen muss treffend sein aber auch sachlich. Als ersten Schritt wollen die Politiker alle Bürger mitnehmen.

Frage an Herrn Heske: Wie kam es zu der Artikelreihe?

Der Anstoß kam von Herrn Lars Müller. Das Thema hat große Relevanz aber der Begriff ist sperrig. Die Frage war, wie bekommt man griffige Geschichten, die den Leser interessieren.

Herr Müller wirft ein, dass das geplante Gespräch von 30 Minuten mit Herrn Heske 2 Stunden gedauert hat.

Frau Janßen: einfache Sprache in Schriftform ist leichter umzusetzen, mündlich ist es schwierig, weil man nicht weiß, wie der Gegenüber reagiert.

Lückert: Leichte Sprache hat nichts mit Intelligenz zu tun. Man kann in einem Gespräch mit kurzen Sätzen anfangen und bei entsprechender Reaktion in bessere Sprache wechseln.

Für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung soll es einen Anhang in leichter Sprache geben, dies sorgt für unterschiedliche Reaktionen, dafür muss man noch sensibler werden. Nicht alle sind gleich aber man muss damit respektvoll umgehen.

Frau Janßen trifft den Vergleich mit Ausländern, mit denen man in falschem Deutsch spricht. Sie weist darauf hin, dass Blinde den Satz: „Schön dass wir uns sehen.“ nicht schlimm finden.

Es entsteht eine kurze Diskussion über gängige Redewendungen.

Frage an Herrn Heske: Gab es Rückmeldungen über die Berichterstattung?

Die Rückmeldungen, die direkt beim Sonntagsjournal eingegangen sind, waren durchweg positiv. Auf der Facebook-Seite gab es auch negative Aussprüche.

Frage an Frau Lückert: Wie nehmen Sie das Denken über die Barrierefreiheit wahr?

Unterschiedliche Wahrnehmung: bereits 1971 als junge Mutter hat sie sich ausgeschlossen gefühlt, wenn es keine abgesengten Bordsteine für den Kinderwagen gab. Man muss immer konkrete Forderungen

stellen und nach vorne schauen, kein Bedauern über nicht Erreichtes haben. Es werden Mitstreiter gesucht. Die Frage ist immer reicht das Geld für die Ausgaben für diese kleine Zielgruppe. Bremerhaven ist aber auf einem guten Weg. Durch den Beirat und die Politik wird viel angesprochen und es finden sich gute Mitstreiter auch außerhalb der Politik.

Katja Reimelt, SPD: Vor 20 Jahren war man noch nicht sensibilisiert, zB. war es schwierig eine akustische Ampelanlage durchzusetzen. Heute ist das eine Selbstverständlichkeit bei Ampeln, Wohnungsbau, absenkbare Busse, Haltestellen. Wir sind auf einem guten Weg aber wir brauchen immer noch Tipps und Hinweise. Bei der Inklusion in Schulen werden die Probleme auch gelöst.

Janßen: Der Umbau von Ampelanlagen dauert immer noch lange, nur bei Neubauten geht es schnell, es ist noch viel zu tun, es gibt aber neue Möglichkeiten über Funk.

Frau Osterloh: Die Holzrampe am Deich zur Deichterrasse soll genehmigt sein, aber der Bau beginnt noch nicht, woran liegt das?

Müller: Der Bauantrag ist gestellt, die Stellungnahme des Amtes liegt vor. Es gibt aber Schwierigkeiten durch die Baufirma mit dem Pfählen, er wird nachfragen. Der Sachstand ist dann aus dem Protokoll zu ersehen. (Lt. NZ vom 30.08.2018 liegt die Baugenehmigung jetzt vor und mit dem Bau kann begonnen werden.)

Frage an Herrn Heske: Ist es schwierig über Behinderte zu schreiben?

Man muss aufpassen, darf niemanden zu verletzen, man muss Personen finden, die den Bericht über sich veröffentlichen lassen. Es ist schwierig (Fettnäpfchen?) Die Presse kann das Thema manchmal nicht so konkret fassen, um daraus einen Bericht zu machen.

Frage an Frau Lückert: Gibt es Ideen und Themen, damit mehr Menschen mit Behinderung angesprochen werden und als Gäste zu den Stadtverordnetenversammlungen kommen?

Mehr Menschen sollten zu den Ausschusssitzungen kommen, wenn entsprechend Themen beraten werden. Auf Bremerhaven.de sollte es mehr Informationen geben. Die Sprache in den Versammlungen ist für Bürger manchmal nicht fassbar. Es wird der Dienst von Gebärdendolmetschern angeboten, muss aber vorher angemeldet werden. Bereits vor Jahren gab es Integrationsklassen, wo der respektvolle Umgang miteinander gelebt wurde. Man muss die Wertschätzung annehmen und auf Augenhöhe miteinander umgehen. Jeder muss für sich aufpassen, dass dieser Umgang richtig gelebt wird. Man muss es gemeinsam machen und nicht auf andere herabschauen.

Schwarz-Grote: Der Raum für den Ausschuss Arbeit und Soziales ist nicht barrierefrei, er ist eng und schwierig zu erreichen, wenn mehr Besucher kommen ist kein Platz.

Lückert: Sie freut sich über den Hinweis, merkt aber an, dass der Raum im Stadthaus kostenfrei ist, barrierefreie Räume, wie z.B. im

TimePort müssen angemietet werden.
Es wäre das Angebot eines Trainings für alle, die es betrifft gut, wie der Umgang mit behinderten Menschen gestaltet werden kann

Schwarz-Grote: man muss auch mal das Positive sehen, es läuft schon viel gut.

Frage an Herrn Heske: Was nehmen Sie mit aus der Berichterstattung?

Der Blick auf den Begriff Barrierefreiheit hat sich geändert. Es gibt nicht nur Rollstuhlfahrer, sondern auch andere Einschränkungen wie Sehen, Hören, Kultur, Sprache. Es gibt schon viele Ansätze die klappen: z.B. STÄWOG, aber auch Probleme, z. B.: Friedhofskapelle. Es gibt Überraschungen auf die man stößt, wenn man sich mit dem Thema beschäftigt.

Frage an Herrn Heske: Haben Sie sich mit der leichten Sprache auseinandergesetzt?

Massenmedien wie das Sonntagsjournal müssen so verständlich wie möglich sein. Im Wirtschaftsbereich geht das nicht ganz so leicht. Die Berichte sind für alle geschrieben, der Journalist hat dabei eine Übersetzungsfunktion.

Frage an Frau Lückert: Haben Sie so viel Einfluss auf die Politik, dass auf Besucher mit Einschränkungen Rücksicht genommen wird?

Das kann ich mir vorstellen, es wird schon nachgefragt (spiegeln). Wenn Gruppen kommen, muss man das vorher wissen, z.B. Gebärdendolmetscher vorher buchen. Die Umsetzung der Barrierefreiheit für Menschen mit eingeschränkter Beweglichkeit ist eine Herausforderung.

Frau Schwarz-Grote: Die Menschen (Besucher und Politiker) sollten die Scheu verlieren.

Frau Janssen: Sie wünscht sich, dass bei Bauvorhaben die betroffenen Gruppen, wie Blindenvereine / Gehörlosenvereine vorher gehört werden, damit Barrieren von vornherein vermieden werden können.

Frau Schwarz-Grote: Das passt in den Bereich Bewusstseinsbildung.

Frau Wendelken: Die neuen Toiletten für Behinderte sollten mit einer Schlüsselkarte ausgestattet werden, weil machen Menschen mit Bewegungseinschränkungen den Euro-Schlüssel nur schwer bedienen können.

Frau Schwarz-Grote: Der Euroschlüssel ist bereits seit Jahren Deutschland- und Europaweit umgesetzt. Eine neue Form nur für Bremerhaven wäre nicht zu empfehlen.

Frau Schubert: würde sich freuen, wenn die Presse auch weiterhin

	<p>über Barrierefreiheit berichtet, wie z.B. über Fahrradampeln in Kopfhöhe, Blindenführhunde, die nicht in Einkaufsläden kommen. Politik und Presse müssen weiterhin helfen. Sch. berichtet über Ihrer Erfahrung mit einem Supermarkt in der Bürger, in den der Hund nicht reindurfte. Auf eine schriftliche Anfrage erhielt sie die Antwort, dass es dem Besitzer leid tue, das der Hund blind sei. Sie solle doch für den Hund einen Blindenausweis beantragen.</p> <p>Frau Schwarz-Grote: Das ist Bewusstseinsbildung, es muss bessere Informationen geben.</p> <p>Frau Osterloh: Im Bereich Debstedter Weg/ Langener Landstraße gibt es ein neues Eiscafé, das nur über eine Stufe zu erreichen ist. Sie fühlt sich ausgegrenzt. Der Geschäftsführer hat wohl nicht daran gedacht. Andere Geschäfte in dem Bereich machen es aber gut.</p> <p>Frau Wendelken: Der Ratskeller in Bremen ist über Stufen zu erreichen, die Angestellten haben unverschämte Antworten gegeben, als sie um Hilfe gefragt wurden.</p> <p>Dr. Steinbrück: am Lasteneingang des Ratkellers gibt es einen Plattformlift und einen Lastenaufzug, diese dürfen aber nur in Begleitung genutzt werden. Die Geschäftsleitung sagt, sie kümmern sich auch darum.</p> <p>Frau Sacher: Besuch bei Sitzungen, Thema nur Barrierefreiheit im Behindertenparlament, kann oben vorne ein Rollstuhlfahrer sitzen? (an Steinbrück)</p> <p>Dr. Steinbrück: das Behindertenparlament wurde von Rollstuhlfahrern geleitet, der Martinshof hat eine Rampe gebaut, Herr Steinbrück klärt das und gibt Rückmeldung:</p> <p>Frau Schwarz-Grote bedankt sich für die Informationen von Frau Lückert und Herrn Heske. Sie weist darauf hin, dass Fragenstellen erlaubt ist. Die Ausschusssitzungen sollen mehr besucht werden, auch das gehört zur Bewusstseinsbildung.</p>	
5	<p>Berichte und Anträge Beschluss zum Thema Inklusion im Sport, Verlängerung. Herr Müller erläutert nochmals den Beschluss. Frau Schubert führt aus, dass im Rahmen der Nachhaltigkeit und Bewusstseinsbildung eine Verlängerung des Projektes zu empfehlen ist.</p> <p>Frage: was sind das für Mittel, die zur Finanzierung eingesetzt werden? Herr Müller berichtet, dass das Geld aus der Ausgleichsabgabe kommt. Vorher gab es ein Projekt Inklusion in Wissenschaft, das kam gut an, danach wurde das Projekt Inklusion in Sport beschlossen.</p> <p>Der Beirat unterstützt den Antrag, die anwesenden Beiratsmitglieder sind dafür.</p>	Heima Schwarz-Grote

Frau Schubert berichtet, dass man lange braucht, um an die Vereine heranzukommen und Kontakte zu knüpfen, bei manchen Vereinen geht es besser. Sie wünscht sich, dass das Projekt verlängert wird.

Frau Schwarz-Grote teilt mit, dass der Beschluss weitergegeben werden soll, zum einen nach Bremen, die für die Bereitstellung der Ausgleichsabgabe zuständig sind und zum anderen an das Personalamt vom Magistrat, der für den Restbetrag der Personalkosten zuständig ist.

Frau Schwarz-Grote berichtet von der am 19.07.2018 stattgefundenen Vorstandssitzung des Inklusionsbeirates. In der im November stattfindenden Sitzung soll es einen Ausblick darauf geben, wo wir im Moment stehen, was bis jetzt gelaufen ist und was noch zu tun ist. Im Mai 2019 sind Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, danach wird ein neuer Beirat gewählt.

Bericht Dr. Steinbrück: Das Brem. Behinderten Gleichstellungsgesetz ist in der Endabstimmung, der Landesteilhabebeirat hat eine Stellungnahme abgegeben. Im September gibt es einen Regierungsentwurf, dann kann das Gesetz beschlossen werden. Die Kritik des Landesteilhabebeirates wurde angenommen, man hat sich jetzt am Bundesgesetz orientiert. Bei Anmietung von Räumen muss die Barrierefreiheit beachtet werden. Land und Stadt sollen bei Bestandsgebäuden analysieren und Konzepte entwickeln, wie Barrieren abgebaut werden können. Es gibt eine EU-Richtlinie für Internet und Informationen von öffentlichen Stellen, die im Auftrag des Staates und der Gemeinde tätig sind. Diese Informationen müssen barrierefrei sein. Bremerhaven braucht vor Ort eine Stelle. Es wird noch eine Rechtsverordnung geben, die die Leistungserbringer der Behindertenverbände (EWW, LH) berücksichtigen sollen. Rahmenvertragskommission muss Menschen mit Behinderung (30 Menschen, davon 6 Behinderte) berücksichtigen.

Herr Müller berichtet zum Brem. Behindertengleichstellungsgesetz, dass Bremerhaven sich der Stellungnahme aus Bremen angeschlossen hat, Bremerhaven möchte vor Ort eine Stelle einrichten. Die Frist von 5 Jahren für die Analyse soll verkürzt werden. Der Denkmalschutz spielt eine Rolle, Barrierefreiheit ist trotzdem möglich, die Leute müssen sich nur mal zusammen setzen und einen Mittelweg finden.

Dr. Steinbrück berichtet, dass das Denkmalschutzgesetz in der Bürgerschaft beraten wird. Der Denkmalschutz muss Eingriffe genehmigen, wenn der Eingriff im öffentlichen Interesse liegt. Die Herstellung von Barrierefreiheit liegt immer im öffentlichen Interesse. Es müssen Kompromisse gemacht werden. Es werden Lösungen gefunden, wenn man sich zusammengesetzt hat (z.B. AVIB – Blindenleitsystem wurde nur aufgeklebt und kann wieder entfernt werden)

6	<p>Verschiedenes</p> <p>Es gibt folgende Hinweise: am 25.08.2018 findet das Behindertensportfest statt.</p> <p>Nächstes Jahr sind im Land Bremen Wahlen, der IBB will sich damit beschäftigen (Bewusstseinsbildung)</p> <p>Herr Müller teilt mit, dass das Behindertensportfest bereits am 24.08.2018 mit dem Kegeln beginnt. Im nächsten Jahr wird das 30. Behindertensportfest vor den Sommerferien stattfinden.</p> <p>Die Evaluation des Teilhabeplanes wird nach dem Sportfest mit einem Anschreiben an die Amtsleiter fortgeführt. (Herr Müller wirbt und motiviert, um Mitteilung von Dingen, die bereits umgesetzt wurden und gut laufen.)</p> <p>Verschiedene Behinderungen brauchen verschiedene Abbaumöglichkeiten von Barrieren. Alle Behinderten sollten sich zusammensetzen und klären, wie ein Austausch gefunden werden kann.</p> <p>Frau Sacher regt an, dass doch mal etwas anderes für das Behindertensportfest überlegt werden sollte (z.B. für Rollstuhlfahrer).</p> <p>Herr Müller teilt mit, dass die Lebenshilfe und Elbe-Weser-Werkstätten immer bei der Vorbereitung dabei sind und um Anregungen und Unterstützung gebeten werden.</p> <p>Herr Reinert sagt, dass für ihn das Sportfest zu eintönig sei, weil er bereits einige Male teilgenommen habe.</p> <p>Frau Schwarz-Grote bittet Herrn Reinert Vorschläge für Änderungen zu machen und an Herrn Müller weiterzuleiten.</p> <p>Herr Dr. Steinbrück weist darauf hin, dass im nächsten Jahr im Juni eine Messe in Bremen stattfindet und bittet diesen Termin bei der Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Frau Janssen meint, man könnte beim Sportfest einfach mal noch zusätzliche Angebote machen.</p> <p>Herr Müller teilt mit, dass die Angebote bisher gut angenommen wurden. Herr Parpart wollte das Sportfest inklusiver gestalten, daraufhin wurde im letzten Jahr ein Inklusionslauf durchgeführt, der gut war, aber von den Teilnehmern nicht wieder gewollt wurde. Jetzt werden immer nur Kleinigkeiten geändert.</p> <p>Frau Sacher stellt die Frage an Herrn Dr. Steinbrück: Wo ist der Unterschied zwischen dem Bundesteilhabegesetz (BTG) und dem Bremischen Gleichstellungsgesetz?</p> <p>Dr. Steinbrück erläutert, dass das BTG ein Leistungsgesetz ist (bisher SGB XII). Es regelt die Ansprüche behinderter Menschen gegenüber dem Staat, z.B. Eingliederungshilfe, Kostenübernahme für Assistenzen. Es werden die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte</p>	Heima Schwarz-Grote
---	---	---------------------

	der Werkstattträte geregelt. Die Gleichstellungsgesetze des Landes und des Bundes regeln die Förderung der Gleichstellung behinderter Menschen, z.B. für Internet, Bau, Gebärdendolmetscher. Behörden sollen leichte Sprache nutzen.	
7	Schließung der Sitzung Frau Schwarz-Grote beendet die Sitzung um 18.36 Uhr	Heima Schwarz- Grote